



Newsletter von Dr. Peter Liese

Südwestfalen in Europa – Europa in Südwestfalen

Juli 2019

Engagement der jungen Menschen wirkt

Neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schlägt deutlich ambitionierteren Klimaschutz in der EU vor

Sie hat sehr gut verstanden, dass Klimaschutz und Arbeitsplätze kein Widerspruch sind, wenn man es richtig macht



Das Engagement vieler, vor allen Dingen junger Menschen, auch in unserer Region, für mehr Klimaschutz zeigt deutliche Wirkung bei den Verantwortlichen in der Europäischen Union. Dies ist die Einschätzung von Peter Liese, der auch umweltpolitischer Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament ist. „Im zurückgegangenen Europawahlkampf war auch bei uns in Südwestfalen das Thema Klimaschutz ganz oben auf der Tagesordnung. Es gab praktisch keinen Infostand und keine Veranstaltung, wo ich nicht darauf angesprochen wurde. Und bei meinen unzähligen Besuchen in Schulen war das mit Abstand das Thema Nr. 1.. Aus meiner Sicht sind die Sorgen der Menschen, insbesondere der jungen Menschen, berechtigt. Die Auswirkungen des extrem trockenen Sommers im letzten Jahr sind noch lange nicht überwunden, so zerstört beispielsweise der Borkenkäfer hunderttausende von Bäumen in unserer Region. Wir müssen dringend handeln, um einen unkontrollierten Klimawandel abzumildern“, so Liese. Eine so dramatische Änderung der Politik auf einem wichtigen Gebiet wie in den letzten Tagen hat Peter Liese noch nie erlebt. „Seit vielen Jahren setze ich mich für Klimaschutz ein und habe dabei oft Gegenwind erfahren. Jetzt verspüre ich Rückenwind. Innerhalb von wenigen Tagen hat sich die Position der Europäischen Kommission radikal verändert. Ich bin sehr froh, dass ich durch viele Gespräche mit der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen Beitrag dazu leisten konnte. Ursula von der Leyen hat das Thema Klimaschutz als ersten Punkt in ihrer Rede an das Europäische Parlament genannt.“

Das Engagement vieler, vor allen Dingen junger Menschen, auch in unserer Region, für mehr Klimaschutz zeigt deutliche Wirkung bei den Verantwortlichen in der Europäischen Union. Dies ist die Einschätzung von Peter Liese, der auch umweltpolitischer Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament ist. „Im zurückgegangenen Europawahlkampf war auch bei uns in Südwestfalen das Thema Klimaschutz ganz oben auf der Tagesordnung. Es gab praktisch keinen Infostand und keine Veranstaltung, wo ich nicht darauf angesprochen wurde. Und bei meinen unzähligen Besuchen in Schulen war das mit Abstand das Thema Nr. 1.. Aus meiner Sicht sind die Sorgen der Menschen, insbesondere der jungen Menschen, berechtigt. Die Auswirkungen des extrem trockenen Sommers im letzten Jahr sind noch lange nicht überwunden, so zerstört beispielsweise der Borkenkäfer hunderttausende von Bäumen in unserer Region. Wir müssen dringend handeln, um einen unkontrollierten Klimawandel abzumildern“, so Liese. Eine so dramatische Änderung der Politik auf einem wichtigen Gebiet wie in den letzten Tagen hat Peter Liese noch nie erlebt. „Seit vielen Jahren setze ich mich für Klimaschutz ein und habe dabei oft Gegenwind erfahren. Jetzt verspüre ich Rückenwind. Innerhalb von wenigen Tagen hat sich die Position der Europäischen Kommission radikal verändert. Ich bin sehr froh, dass ich durch viele Gespräche mit der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen Beitrag dazu leisten konnte. Ursula von der Leyen hat das Thema Klimaschutz als ersten Punkt in ihrer Rede an das Europäische Parlament genannt.“

In dieser Ausgabe:

- [CO₂-Bepreisung ist sinnvoll, aber so schnell wie möglich europäisch](#)
- [Europarecht nicht strenger auslegen als vorgesehen](#)
- [Mikroplastik ernsthaftes Problem aber ausreichende Übergangsfristen für Kunstrasenplätze notwendig](#)
- [Peter Liese als Sprecher für Umwelt und Gesundheit wiedergewählt](#)
- [Kurz Notiert](#)
- [Südwestfalen zu Besuch in Brüssel](#)



Folgende konkrete Zusagen machte die designierte Kommissionspräsidentin.

1. Europa soll der erste Kontinent weltweit sein, der klimaneutral wird, d.h., es sollen nicht mehr Treibhausgasemissionen produziert werden, wie an anderer Stelle, zum Beispiel durch das Wachstum von Wäldern oder neuer Technologien zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre kompensiert werden. Diese Forderung hat Peter Liese seit vielen Monaten vertreten. Bis zur Europawahl lehnte sie die Deutsche Bundesregierung noch ab.

2. Das europäische Klimaziel für 2030 soll von 40 % Reduktion gegenüber 1990 auf mindestens 50 % angehoben werden.

„Dies ist ein riesiger Schritt und er ist natürlich anspruchsvoll, aber ich glaube, dass man das Ziel erreichen kann, ohne unzumutbare Belastung für die Bevölkerung und ohne die Industrie aus Europa zu vertreiben. 45 % erreichen wir dann, wenn wir die bestehende europäische Gesetzgebung, zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien, streng umsetzen. Da Deutschland insbesondere in diesem Bereich eh dazu neigt, über europäische Vorgaben hinauszugehen, ist es in unserem Sinne, wenn auch andere europäische Länder sich stärker beteiligen. Der zweite wichtige Punkt ist, dass seit der Festlegung des europäischen Ziels viele Länder beschlossen haben, aus der Kohle auszusteigen. In Ländern wie Spanien ist das bereits rechtskräftig. In Deutschland besteht parteiübergreifender Konsens. Wenn man diesen Kohleausstieg in die europäische Gesetzgebung einarbeitet, d.h., die Zertifikate im Treibhausgasemissionshandel entsprechend löscht, kann man das Ziel erhöhen, ohne zusätzliche Maßnahmen zu beschließen. Dazu muss allerdings SPD Finanzminister Olaf Scholz seinen entsprechenden Widerstand aufgeben. Kohleausstieg ohne Zertifikate zu löschen ist Wahnsinn. Wir würden sehr viel Belastung für Bevölkerung und Wirtschaft verursachen, ohne dass es für das Klima etwas bringt“, erläuterte Liese.

3. Der Luft- und Seeverkehr, der bisher wenig oder nichts zum Klimaschutz beiträgt, soll sich stärker engagieren.

"Dies ist eine Forderung, die ich schon seit vielen Jahren immer wieder gegenüber den Verantwortlichen erhoben habe. Ich freue mich, dass Ursula von der Leyen dies nach unserem ersten Gespräch sofort aufgegriffen hat. Es ist ein Skandal, dass ein Kegelclub aus Duisburg oder eine junge Familie aus Oberhausen, wenn sie überlegen, ein langes Wochenende zu verbringen, oft günstiger mit dem Flugzeug nach Mallorca als mit dem Zug oder mit dem Bus in unser südwestfälisches Tourismusgebiet kommt. Dies liegt auch an der falschen politischen Weichenstellung durch hohe finanzielle Belastung von Bus und Bahn und geringer Belastung des Flugverkehrs. Auch der Seeverkehr muss sich beteiligen, übrigens nicht nur beim Thema CO₂, sondern auch bei der Reduzierung von anderen Schadstoffen, um Fahrverbote zu vermeiden“, bekräftigt Liese.



4. Bei all den Maßnahmen zum Klimaschutz legt Ursula von der Leyen großen Wert darauf, dass Regionen, Unternehmen und Menschen, die von dem Strukturwandel betroffen sind, unterstützt werden.

[\(zum Inhalt\)](#)



„Für unsere Region ist es extrem wichtig, dass wir neue Technologien entwickeln, um energieintensive Produkte wie Zement, Kalk, Stahl und Papier, die in unserer Region hergestellt werden, in Zukunft klimafreundlich herzustellen. Dazu fordern wir ein milliardenschweres Forschungsprogramm. Wir müssen auch prüfen, ob man durch Maßnahmen an der Grenze, Importe aus Ländern mit weniger hohen, oder gar keinen Klimaschutzstandards in Zukunft verteuert, um unsere Arbeitsplätze zu schützen. Die ambitionierten Klimaschutzziele sind sinnvoll, aber man muss Klimaschutz richtig machen, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Außerdem kann man Klimaschutz insgesamt nur weltweit erreichen. Dazu müssen wir andere Staaten überzeugen, ähnlich ambitionierte Ziel zu verfolgen und das geht nur, wenn wir Arbeitsplätze und Klimaschutz unter einen Hut bekommen, sonst wird uns sicher niemand folgen,“ so Liese.

[\(zum Inhalt\)](#)

CO₂-Bepreisung ist sinnvoll, aber so schnell wie möglich europäisch - Emissionshandeler und besser durchsetzbar als Steuer

Gesamtbelastung der Bevölkerung nicht erhöhen und soziale Härten vermeiden

Eine stärkerer Bepreisung von CO₂ hält für Peter Liese richtig. Er drängt jedoch darauf, dass dies möglichst europäisch passiert, soziale Härten vermieden werden und die Bürger an anderer Stelle in gleichem Maße entlastet werden. Anlässlich der Vorstellung von Plänen zur CO₂-Besteuerung durch Bundesumweltministerin Svenja Schulze erklärte Liese:

„Es ist wichtig unser Steuer- und Abgabensystem zu reformieren, so dass sich umweltfreundliches Verhalten lohnt. So ist aus meiner Sicht beispielsweise richtig, die Stromsteuer abzuschaffen, da sie auch Strom aus erneuerbaren Quellen unnötig verteuert und zum Beispiel den Einsatz von Wärmepumpen oder Elektromobilität unnötig belastet. Auf der anderen Seite muss CO₂-Ausstoß stärker belastet werden. Ich halte es aber für wichtig, das ganze so schnell wie möglich europäisch und nicht nur national zu machen. Beim LKW-Verkehr stehen deutsche Spediteure ohnehin schon in extrem hartem Wettbewerb mit Konkurrenz aus Osteuropa. Dies würde sich noch verschärfen, wenn man in Deutschland einseitig den Diesel für LKW verteuert. Deshalb plädiere ich mit Nachdruck für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf andere Sektoren, wie den Verkehr. Dies ist zielgerechter, da beim Emissionshandel, im Gegensatz zu einer Steuer, das Ziel auf jeden Fall erreicht wird und der Markt den Preis bestimmt. Außerdem ist eine Ausweitung des Emissionshandels in Europa leichter durchsetzbar das dies mit Mehrheit beschlossen werden kann, während eine Steuer Einstimmigkeit erfordert“, erklärte Liese.



[\(zum Inhalt\)](#)



Bundestag lockert Datenschutzregeln für kleine Betriebe

Europarecht nicht strenger auslegen als vorgesehen / Kleine Handwerksbetriebe anders als globale Großkonzerne behandeln



Vor etwas mehr als einem Jahr trat die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU in Kraft, die auch viele Südwestfalen verunsichert- und für viele heimische Betriebe einen großen Aufwand bedeutet hat. Handwerker hatten sie sogar zum Anlass genommen, eine eigene Initiative gegen Bürokratie zu gründen. Die deutschen Datenschutzbestimmungen sind in vielen Fällen jedoch härter als die Regelungen der DGSVO. Deshalb hat der Bundestag jetzt Entlastungen für kleine und

mittlere Unternehmen bei den deutschen Datenschutzbestimmungen beschlossen. So soll zum Beispiel die Schwelle angehoben werden, von der an ein Unternehmen laut Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) einen Datenschutzbeauftragten benennen muss: Statt zehn Mitarbeitern soll sie nun bei 20 Mitarbeitern liegen, die sich "ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigen".

Die Änderungen begrüßte Peter Liese ausdrücklich. "Datenschutz ist wichtig, aber wir dürfen gerade bei Kleinunternehmen nicht übertreiben. Es ist richtig, dass Deutschland den Spielraum und Ausnahmeregelungen der DGSVO nutzt. Wir müssen nicht immer noch strenger sein als europäische Vorgaben und dürfen ruhig auch mal extra vorgesehene Ausnahmemöglichkeiten nutzen. Kleine und mittlere Betriebe sind keine international tätigen Konzerne und stellen kein vergleichbares Risiko für den Datenschutz da. Die nun vorgenommene Differenzierung ist daher vollkommen richtig. Ich hoffe sehr, dass der Bundesrat den neuen Regeln ebenfalls schnell zustimmt", so Liese. Der heimische Abgeordnete hofft nun, dass jetzt auch schnell eine Lösung gegen das Problem der unseriösen Kanzleien und Abmahnvereine gefunden wird, die die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bei unwissentlichen Verstößen von Unternehmen und Bürgern gezielt ausnutzen, gefunden wird. "Hier liegen gute Ideen unserer CDU/CSU-Bundestagfraktion auf dem Tisch. Ich hoffe, dass wir im Interesse der Bürger und kleinen Unternehmen schnell eine Regelung finden", so Liese.

[\(zum Inhalt\)](#)



Mikroplastik ernsthaftes Problem aber ausreichende Übergangsfristen für Kunstrasenplätze notwendig

Sportvereine leisten wichtigen Beitrag zur Gesundheit und Integration / Brief an Europäische Kommission



In der Diskussion um Mikroplastik auf Kunstrasenplätzen plädiert Peter Liese für einen Kompromiss. Er hat sich in dieser Sache bereits an die zuständigen EU-Kommissare gewandt. „Es ist sicher ein richtiges Ziel, den Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt zu reduzieren. Deswegen muss man langfristig das Granulat auf Sportplätzen durch weniger problematische Substanzen ersetzen. Auf der anderen Seite darf man die Sportvereine, die in den letzten Jahren oft mit viel ehrenamtlichen Engagement Kunstrasenplätze gebaut haben, jetzt nicht überfordern. Wir brauchen eine angemessene Übergangszeit. Für eine gewisse Übergangszeit sollte das Granulat auf jeden Fall weiter genutzt werden, damit

sich die Sportvereine um Alternativen bemühen können. Ein Verbot von Kunstrasenplätzen sollte es wirklich nur dann geben, wenn es keine umweltverträglichen Alternativen für das Granulat gibt und hier braucht man dann eine sehr lange Übergangszeit“, so Liese.

Liese hat sich in einem Brief an die zuständigen Kommissare gewandt. Er weist drauf hin, dass die Kunstrasenplätze zumeist von gemeinnützigen Sportvereinen, oft mit ehrenamtlichen Engagement, erbaut wurden. „Die Arbeit der Sportvereine ist extrem wichtig, insbesondere für junge Menschen. Sport dient nicht nur der Gesunderhaltung und leistet einen riesigen Beitrag zur Integration aller gesellschaftlichen Schichten, sondern aus meiner Sicht auch einen Beitrag zur Vermeidung von Jugendkriminalität. Deshalb muss ein pragmatischer Kompromiss gefunden werden“, so Liese in seinem Brief an die Europäische Kommission.

Peter Liese unterstrich, dass in den europäischen Institutionen noch keinesfalls eine Entscheidung in der Frage gefallen sei, ob es überhaupt so weit kommt. „Bisher handelt sich lediglich um einen Vorschlag der Europäischen Chemikalienagentur ECHA. Dieser Vorschlag wird zurzeit in der Europäischen Kommission geprüft und es gibt zu der Frage auch in der Kommission unterschiedliche Auffassungen. Alle Interessierten können sich unter <https://echa.europa.eu/de/restrictions-under-consideration/-/substance-rev/22921/term> auch an einer öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission beteiligen. Falls dann tatsächlich ein Vorschlag kommt, kann dieser vom Europäischen Parlament auch noch gestoppt werden. Deshalb hoffe ich auf ein kompromissorientiertes Vorgehen aller Beteiligten“, so der heimische Abgeordnete.

(zum Inhalt)



Peter Liese einstimmig als Sprecher für Umwelt und Gesundheit wiedergewählt

Kampf gegen den Krebs und Klimaschutz Schwerpunkte in der neuen Periode

Einstimmig wurde Peter Liese als Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP-Christdemokraten) für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wiedergewählt. Damit vertritt er die Abgeordneten aus allen EU-Ländern in der christdemokratischen Fraktion bei diesen wichtigen Themen. „Ich freue mich sehr über die große Unterstützung meiner Kollegen. Die Themen die unser Ausschuss behandelt sind wichtiger als jemals zuvor. Ich finde es richtig, dass viele, vor allem junge Menschen uns auffordern, beim Klimaschutz engagierter zu sein. Europa hat bereits viel getan, aber das reicht nicht aus. Konkret bin ich dafür das Ziel der Klimaneutralität in einem Gesetz fest zu schreiben. Wir sollen bis 2050 nur noch so viele klimaschädliche Gase emittieren, wie durch Wachstum von Wäldern und moderne Techniken zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre gebunden werden können. Die Europäische Kommission hat in einer Analyse deutlich gemacht, dass dies ohne Arbeitsplatzverluste möglich ist, sogar mit zusätzlichem Wachstum und Nettogewinn von Arbeitsplätzen, dafür werde ich mich einsetzen. Kurzfristig bin ich dafür, den Flugverkehr und den Seeverkehr stärker am Klima- und Umweltschutz zu beteiligen und umweltfreundliche Verkehrsträger wie Bus und Bahn zu entlasten“. Ein weiteres Schwerpunktthema der neuen Legislaturperiode ist nach Lieses Ansicht der Kampf gegen den Krebs. „Nur, wenn wir in Europa zusammenarbeiten und die grenzüberschreitende Forschung unterstützen, können wir diese schreckliche Krankheit in den Griff bekommen“, so Liese.



[\(zum Inhalt\)](#)

Kurz notiert

URLAUB IM EU-AUSLAND

Kostenlose Apps leisten konkrete Hilfe



Ob Flugverspätung, Ärger im Hotel, unbekannte Verkehrsregeln oder defekte Reise-Mitbringsel: Für kostenlose Hilfe stehen Apps des Europäischen Verbraucherzentrums Deutschland zur Verfügung. Die Reise-App informiert über rechtliche Fragen, listet Adressen und Telefonnummern für Notfälle auf und bietet Übersetzungen einschlägiger Sätze in 25 Sprachen an.

<https://www.evz.de/de/apps-und-publikationen/apps/app-ins-eu-ausland/>



Eine weitere App informiert über Verkehrsregeln in den EU-Staaten für Pkw und Wohnmobil und wie man bei einem Unfall vorgehen sollte. Wer sich über beschädigte Souvenirs ärgert, kann eine App mit Tipps zu Reklamationen und Onlineeinkäufen zu Rate ziehen. Eine App erteilt Studenten, Praktikanten oder Au-Pairs Ratschläge etwa zu Meldepflichten, Mietverträgen, Jobsuche oder Kontoeröffnungen in 15 EU-Staaten.

<https://www.evz.de/de/apps-und-publikationen/apps/mit-dem-auto-ins-ausland/>

Südwestfalen zu Besuch in Brüssel



Die ersten Besuchergruppe in der neuen Legislaturperiode waren die Schülerinnen und Schüler des Hanse-Kolleg aus Lippstadt.

(zum Inhalt)

Weiter wichtigen Informationen und inhaltliche Themen von Peter Liese finden Sie auf seiner Homepage unter www.peter-liese.de oder auf facebook, youtube oder instagram.

